

NationalPartei warnt: Gemeinsam-für-Menschenrechte.de

Viele Organisationen vertreten totalitäre Ideologien. Oft verbinden sie diese mit einem Ausschließlichkeitsanspruch, der keine Toleranz kennt und Abweichler aus den eigenen Reihen disziplinarisch belangt, wobei die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Ehrlicherweise ist die gesamte Menschheit als Grauzone anzusehen, egal welche Kultur, welche Religion oder welche Politik gepflegt wird. Für junge unerfahrene Menschen ist selten offensichtlich, welche finanziellen Interessen und welche Machtansprüche hinter einem Namen stehen.

Ist die Phrase, mit der sich viele schmücken, nicht verführerisch? Woher kommen 45.900 Suchergebnisse bei Google [1] für "Gemeinsam für Menschenrechte"? Der Ausdruck wird auf Gemeinsam-fuer-Menschenrechte.de geschmackvoll und gekonnt dargeboten: "Gemeinsam für Menschenrechte (GFMR) gibt Pädagogen, Organisationen, Behörden und Bürgern eine gemeinsame Plattform und unterstützt sie dabei, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene umzusetzen." Allerdings haben die Scientologen noch niemanden aufgetrieben, der ein korrektes Deutsch formuliert. Auch diese Leute haben ihre Grenzen.



Das Landesamt für Verfassungsschutz in Stuttgart [2] klärt auf: "Im Hinblick auf die Wirklichkeit in der Scientology Organization kann die Kampagne 'Gemeinsam für Menschenrechte' daher nur als dreistes Täuschungsmanöver betrachtet werden. Bürgerinnen und Bürger, vor allem Jugendliche, müssen gewarnt werden. Denn das Werbematerial von 'United for Human Rights' fordert zu einer Kontaktaufnahme und dazu auf, 'United for Human Rights'-Ortsgruppen im Benehmen mit der vermeintlichen Menschenrechtsorganisation zu gründen. Die gewünschten Aktivitäten zielen gerade auch auf Lehranstalten und Universitäten. Es wäre daher durchaus möglich, dass junge und darunter vor allem idealistisch eingestellte Personen unwissentlich einer Scientology-Hilfsorganisation beitreten und auf subtile Weise instrumentalisiert werden."

Fazit: Dianetik ist genauso ein Köder für Scientology, wie das Christentum ein Köder für Religionen oder Demokratie ein Köder für politische Parteien ist. Maßgebend sind nicht göttliche Instanzen oder menschliche Propheten, sondern jetzt lebende Diktatoren mit Machtansprüchen und Geldansprüchen. Junge Menschen mit differenzierter Einsicht und mit Unterscheidungsvermögen wissen, wann sie einen Bogen um welche Diktatoren machen müssen - auch ohne Schützenhilfe vom Verfassungsschutz. [3]

Quellen:
[1] [http://www.google.de/search?q=""Gemeinsam+für+Menschenrechte](http://www.google.de/search?q=)
[2] http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=954:united-for-human-rightsq-so-plant-neue-pr-offensive&catid=201:meldung&Itemid=327
[3] <http://www.Gemeinsam-für-Menschenrechte.de>

Pressekontakt

Hans Kolpak
Zur Tanne 12
26349 Jade
Deutschland
Telefon: 04454 979720
Hans.Kolpak at NationalPartei.eu
www.NationalPartei.eu

Portrait der zukünftigen Partei

Wer sich mit nationalen Ideen identifiziert und die Gesetzmäßigkeiten von Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft anerkennt, wird in der NationalPartei eine politische Heimat finden. Strategische Ziele sind eine Verfassung und eine geringe Staatsquote für einen Staat, der sich seinen hoheitlichen Aufgaben widmet. Durch die wirtschaftliche Ausrichtung auf die Einwohner mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen werden die wirtschaftlichen Interessen von mehr als 50 Prozent vertreten. Dies begründet eine absolute Mehrheit bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen, der Bundestagswahl und der Europawahl, die von keiner etablierten Partei erreicht werden kann, weil nur Sonderinteressen von kleinen Bevölkerungsgruppen vertreten werden. Es ist nutzlos, Symptome zu reformieren und Ursachen unangetastet zu lassen. Das wirtschaftliche Wohl des deutschen Volkes vermehrt auch den Reichtum derer, die zur Zeit durch Subventionen und Steuervorteile finanziell profitieren. Das meiste Geld verschwindet gegenwärtig in staatlichen Umverteilungsbürokratien.